

Die Klägerin durfte aber nicht davon ausgehen, dass sie den Wiederbeschaffungswert anzweifeln kann, ohne dass sich hieraus Auswirkungen auf den Restwert ergeben würden. Restwert und Wiederbeschaffungswert sind nämlich grundsätzlich nicht voneinander losgelöst, sondern können sich durchaus gegenseitig beeinflussen.

Darüber hinaus war die Klägerin gemäß § 7 Abs. 3 AKB in der Fassung vom 1.7.1999 verpflichtet, vor Beginn der Verwertung des Fahrzeugs die Weisung des Versicherers, hier der Beklagten, einzuholen. Im Gegensatz zum Haftpflichtrecht hat der Versicherer in der Kaskoversicherung das Recht, den vom Versicherungsnehmer ins Auge gefassten Veräußerungserlös auf seine Angemessenheit zu prüfen und gegebenenfalls dem Versicherungsnehmer die Weisung zu erteilen, an einen anderen Aufkäufer zu einem höheren Preis zu verkaufen. Es kann nicht zum Schätzwert eines Gutachtens veräußert und mit dem darüber nicht unterrichteten Versicherer später auf Gutachtenbasis abgerechnet werden¹. Ein Abwarten der Weisung konnte der Klägerin billigerweise auch zugemutet werden. Insofern wäre der Klägerin zumindest zumutbar gewesen, telefonisch vor Verkauf des Fahrzeugs bei der Beklagten nachzufragen, ob sie das Fahrzeug zu dem angegebenen Restwert von netto 25.000 DM veräußern dürfe. Folge der zumindest grob fahrlässigen Obliegenheitsverletzung der Klägerin ist gemäß § 7 VI Abs. 4 AKB, dass Leistungsfreiheit nach Maßgabe des § 6 Abs. 3 VVG besteht.

Bedeutung für die Praxis: Die Restwertdiskussion rund um den Fahrzeugschaden wird von den schadenersatzrechtlichen Auseinandersetzungen in Haftpflichtfällen dominiert. Unabhängig von der Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit des Restwertermittlung durch den Sachverständigen gilt dort,² dass sich der Geschädigte auf die Restwertermittlung des Sachverständigen verlassen und das Fahrzeug ohne weitere Rückfrage bei der eintrittspflichtigen Versicherung veräußern darf.

Im Eifer des Gefechts wird dann in Kaskofällen nicht ausreichend genau differenziert.

Das Kaskogutachten hat eine ganz andere Funktion als das vom Geschädigten veranlasste Schadengutachten im Haftpflichtfall. Stellt letzteres die „Waffengleichheit“ zwischen Geschädigtem und Versicherung her, dient das Kaskogutachten nach einhelliger Rechtsprechung der **internen** Kenntnisbildung des Versicherers vom Schaden. Daher wird dem vom Versicherer veranlassten Kaskogutachten auch keine Schutzwirkung zugunsten Dritter, konkret des VN, zugesprochen.³ Für Unstimmigkeiten steht nämlich das Sachverständigenverfahren gemäß § 14 AKB zur Verfügung.

Das seit etwa 1995 von den meisten Versicherungsgesellschaften auch auf die Verwertung des Fahrzeuges ausgedehnte Weisungsrecht hält gerichtlicher Überprüfung stand.⁴

Rechtsanwalt Friedrich Schmidt, Bad Arolsen

1 Vgl. Stiefel-Hofmann, Kraftfahrtversicherung, AKB-Kommentar, 17. Aufl., § 7 AKB Rdn. 209 a m.w.N.

2 BGH NJW 1992, 903 sowie BGH NJW 2000, 800.

3 OLG Karlsruhe, r+s 1987, 274; OLG Nürnberg, VersR 01, 1552; AG Freiburg, DAR 1999, 458.

4 Vgl. auch OLG Karlsruhe, VersR 1998, 45.